

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,50 Goldmark
Einzelaummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinsendung
des Betrags)

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rüststraße 16
Fernsprecher Nr. 8800 — Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzustellungsliste

Sozialpolitik, Soziologie und Sozialismus

Die gelehrten Sozialpolitiker und Soziologen Deutschlands haben sich in den letzten Tagen in Süddeutschland Stellbichlein gegeben, die ersteren in Stuttgart, die letzteren in Heidelberg. Auf beiden Tagungen hat die rückwärts schauende Richtung einen Vorstoß gemacht, auf beiden hat sie sich blöggestellt, aber nicht erdgültig. Man kann vielmehr sagen, daß der jetzige Mißerfolg sie zu neuen Anstrengungen anspornen wird.

Schon als der Verein für Sozialpolitik sein Jubiläum in Eisenach feierte, war der Versuch gemacht worden, das Rad umzudrehen. Philipp Stein hatte dort seinen Angriff gegen die Arbeitervereine gerichtet und war damit abgefallen. Die Jugend unter den Gelehrten hatte ihm diese Niederlage bereitet. Dieses Jahr wurde es hier versucht. Sombart sprach über die Idee des Klassenkampfes. Das Schmerzkind der bürgerlichen Gesellschaft wurde also jetzt direkt genannt und unter dem Einbruch der Revolution in Deutschland, Österreich und Rußland beurteilt. Beurteilt freilich in einer Art, die das Staunen der anwesenden Sozialdemokraten in äußerstem Maße wachrief. Im Krieg hatte man geschwiegen über die Korruption hinter der Front. Die entsetzliche Schlammwelle, die sich damals über Deutschland namentlich von 1916 bis 1918 wälzte und die das Schieberrtum in Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen zu Führern hatte, während die Soldaten im Schützengraben verbluteten, fand in den Gelehrten der Volkswirtschaft, so nahe gerade ihnen das gelegen hätte, keine Kritiker. Aber die Zeiten nach der Staatsumwälzung sahen ein desto strengeres Geschlecht von gelehrten Richtern. Alles, was die entwürdigten Kriegsgeschehnisse in der Arbeiterbewegung an häßlichen Flecken abbluten, wurde dieser zur Last geschrieben. Es regnete im Sombartschen Vortrag nur so von Galunken und Schurken, die ihre unangebare Gemeinheit in den Gewerkschaften und der Partei ablagerten. Der gejunten Gegenkräfte gegen diese Exzesse, die jede Revolution verzeichnet, wurde überhaupt nicht gedacht. Der großartige Gegenbewegung der gewerkschaftlichen Bestimmung und des politischen Durchbruchs gewerkschaftlicher Kräfte, die heute siegreich gegen Unverstand und Leidenschaft triumphieren, geschah mit keinem Worte Erwähnung. Das ganze große Geschick auf diesem Gebiet erschien in verzerrter Darstellung, von wirtschaftlicher Geschichte losgelöst, lediglich von bürgerlicher Moral gedankenlos verdammt und abgelehnt. So kam Sombart zu seiner knifflischen, durch nichts in der Sache begründeten Unterscheidung vom „relativen“ Klassenkampf, den er billigte, wenn er sich neben tausend anderen Triebkräften äußerte, die ihn zum guten Teil wieder aufhoben, kurz, zum bürgerlich gesitteten und gesättigten Klassenkampf, einem traurigen Herrbild. Und alles Unheil und alles Böse jagte er dem „absoluten“ Klassenkampf, dem Klassenkampf um seiner selbst willen und als Kampfmittel des Proletariats, das alle übrigen beherrschte und regelte, im bebenden Horne eines Richters der letzten Tage nach.

Welche willkürliche Unterscheidung! Es gibt nur einen Klassenkampf, den in der bürgerlichen Gesellschaft gegen diese geführten Kampf des Proletariats gegen die Besitzer der Produktionsmittel. Er kann mit größerer oder geringerer Heftigkeit, auf politischen, gewerkschaftlichen oder genossenschaftlichen Wegen geführt werden, immer mehr auf allen diesen Gebieten zugleich, mit dem Endzweck, eine klassenlose, nicht mehr in Besitz und Nichtbesitzer geschiedene Gesellschafts- und Staatsform zu schaffen. Er kann zeitweise sehr temperiert, zeitweise mit äußerster Heftigkeit und Leidenschaft geführt werden. Das bestimmen übrigens die Gegner, die, etwa zerklüftet, in gewissen politischen Bestandteilen kleinere oder größere Stücke des Weges mit uns zusammengehen, um Reste noch älterer Geschichtsperioden mit uns zu enternern und die Republik herzustellen, in der alle künstlichen Hindernisse für die Evidenzentscheidung beseitigt sind, oder um uns Zielkonzeptionen in der Besitzfrage zu machen, die aber nicht weit genug gehen. Aber der Klassenkampf kann niemals ganz aufgehört, er muß immer das Grundprinzip bleiben des Gegenjages zwischen vergangener und zukünftiger Gesellschaftsordnung. Er wächst aus den wirtschaftlichen Gegenjagen. Kein Mensch kann ihn beseitigen, solange diese Gegenjage bestehen, sei er nun Geheimverpreußischer Regierungsrat, wie Sombart, oder letzter Hofarbeiter in einer Fabrik, der sich den Selben oder Christlichsozialen verschreibt. Die letzteren waren Sombarts Trost und Halt — man kann sie ihm ruhig gönnen, da sie wie er die Klassenjagen im Gebet auflösen! Und da hört alle Nationalökonomie allerdings von selbst auf.

Da war der Vortrag Eulenburgs über die Folgen der Inflation eine geistige Erholung gegen die Wäpfelein des anfänglichen Sozialisten Sombart. Scharf umrissen und aus den Klassenreibungen auf dem Gebiet des Geldwesens geboren, tauchten die furchterlichen Entwertungen, die Expropriation des Mittelstandes, die Abfindung der Arbeiter mit immer wertloser werdendem Gelde und die Flucht des Kapitals in Dossien vor dem geistigen Auge auf. Da fehlte keine Leidenschaft, auf dem Golgathawege, den die Arbeit hat durchmachen müssen, in tausend verschiedenen Gemadungen bis zur noch immer fragwürdigen Stabilisierung von heute. Solche Wissenschaft möchte man millionenfach verbreitet haben unter dem schaffenden Volke!

Und noch eine achtunggebietende Gestalt erhob sich im Verein für Sozialpolitik, als die Agrarzölle zur Erörterung kamen, die in letzter Stunde infolge einer von der Presse kommenden Anregung noch auf die Tagesordnung gesetzt wurden. Ein Beweis der Macht der freien Presse übrigens, wie wir sie in der Republik im ganzen und großen haben, selbst auf so aristokratische Gesellschaften, wie der Verein

für Sozialpolitik. Der alte Sering, ein mit dem Wohl und Wehe der Landwirtschaft nicht bloß, sondern auch ihrer Klassenorganisationen aufs engste verbundener Mann, seit Jahrzehnten der Verkünder des Primates der Landwirtschaft über die Industrie in einem Industriestaate und ein Vertreter auch ihrer politischen Forderungen — er gewann es über sich, den Freihandel für das neue Deutsche Reich als einzige Rettung zu fordern und die Parole der Agrarzölle zu bezeichnen als das Lösungswort der Unbelehrbaren. Seine Gründe sind durchsichtig und folgerichtig. Deutschland, das fronen muß für die Reparationsansprüche, muß den freiesten Markt der Welt haben für seine Ausfuhr — sonst geht es nicht. Es muß der Vorkämpfer des Freihandels aus deshalb sein, weil Agrarzölle nur denkbar sind als Ergänzung zu Industriezöllen. Diese kann aber der deutsche Landwirt nicht mehr tragen bei der verschiedenenartigen Entwicklung der Preise. Die Industrieerzeugnisse tendieren im Preis nach oben, die Agrarprodukte nach unten. Man merkt zwar augenblicklich, zum Beispiel bei der Butter, nichts von dieser Senkungsrichtung. Für Sering ist sie aber da, und die Schlussfolgerung lautet: gegen Industrie- und Agrarzölle, für Weisheitsbegünstigung in den Handelsverträgen nach allen Richtungen, in jenen Verträgen zwischen den Völkern, die viel, viel mehr über Krieg und Frieden entscheiden, als mancher Bündnisvertrag. Weil die Begründung für diese Zeitgedanken so unendlich einfach und offen liegt, weil sie aus dem Interesse an der Landwirtschaft selber herauswächst und weil zu ihr hinzukommt die mächtigste Mächtfürsorge auf die Waffe der Verbacher, die von der Sozialdemokratie gegen Zensurierung und Glend geschützt werden, deshalb war der Vorgang so achtunggebietend und anziehend — ein Großer der Landwirtschaft gegen die brutale Parole der Agrarzölle! Er wird uns noch oft als Helfershelfer dienen...

Der Soziologenkongress, der dem Verein für Sozialpolitik in Heidelberg folgte, sah einen großen Teil derselben Gelehrten zu mehr theoretischen Tun verjammelt und zur Abgrenzung der Wissensgebiete und zur Förderung der Erkenntnis von den sozialen Dingen, aus denen die Wissenschaft herauswächst. Dem ersten Gebiete gehörte die Ansprache darüber an, wie sich Soziologie und Sozialpolitik verhalten müssen. Es herrschte ziemlich Übereinstimmung darüber, daß die Soziologie die Theorie der Sozialpolitik sein solle, die Wissenschaft der Tatsachen, die von der Sozialpolitik verwirklicht werden sollen, ihre wissenschaftliche Vorbereitung. Als man dann dazu überging, die Struktur, den Bau der soziologischen Begriffe aus der sozialen Umwelt näher zu bestimmen, da getreten wiederum, wie am Anfang der Verhandlungen in Stuttgart, zwei Welken aneinander. Schuler, ein Kölner Professor, mißhandelte die Wissenschaft in dreißigminütigen Vortrag, indem er sie zu einem Konversationslegion der Halbgebildung machte — metaphysische, religiöse und logische Denkweise, Kant und Marx, Abendland und Asien, kurz alles und noch einiges mehr wirbelte in ungeklärtem Durcheinander durch den Saal und den Schluss bildete die Behauptung, daß das Abendland von Asien überfällige Interessen und Asien vom Abendlande das logische, rational bestimmbar Interesse an unseren Erfindungen und Entdeckungen zu übernehmen habe, um eine höhere Einheit und Zukunft zu bilden. Und wieder war es — wie bei Sombart die Genossen Grünberg, Goldscheid und Tarnow klärend eintreten mußten — ein Sozialdemokrat, Max Adler-Wien, der die Fühlung mit der Wissenschaft und Wirklichkeit herstellte. Marx stellt den vergessenen Menschen mit seinem Kopf in den Mittelpunkt alles Geschehens und läßt aus wirtschaftlichen Klassengegenjagen und der Tätigkeit des menschlichen Geistes allen geschichtlichen Ablauf erklären. Dieser Marxismus steht fest auf dem Boden der Tatsachen und setzt doch alle geistigen Potenzen des Menschengehechts für ihre Bewältigung und Lenkung in Bewegung. Danach regelt sich der Bau der Soziologie, auch der modernsten, und damit werden Spekulationen abgemieden, die sich in überfälligen, deshalb vertriegen, weil ihnen die Gegenwart gar zu entgegenwärtig und hart erscheint. Auch innerhalb dieser bestimmten Gesellschaftsform produziert der Menschenkopf aber entsprechende wissenschaftliche Vorstellungen zu ihrer Weiterentwicklung. Das ist es, was er leisten kann und soll, alles andere ist müßig und geistreiche Spielerei.

So wahrte der Sozialismus überall, auch bei den Veranstaltungen der bürgerlichen gelehrten Gesellschaften, das Gesicht der Wissenschaftlichkeit und der Folgerichtigkeit. Ohne ihn gibt es in unserer Geisteskultur schon kein Leben und Streben mehr. Wie viel mehr müssen ihn die Arbeiter zum Leitstern ihres Handelns machen!

Dr. Max Quard.

Werkbeurlaubung

Unser Arbeitsrecht ist seit kurzem durch einen neuen Sachansdruck bereichert worden: die Werkbeurlaubung. Man versteht darunter dasselbe, was früher unter dem Namen Aussetzen bekannt war. Wenn in einem Betriebe die Arbeit knapp wird, greift der Unternehmer nicht immer gern gleich zur Entlassung. Recht oft wird zunächst versucht, über die Zeit der Krise dadurch hinwegzukommen, daß die Arbeiter eine bestimmte Zeit aussetzen. Manchmal geht das Aussetzen reiflich.

Damit kann unter Umständen beiden Seiten gedient sein, dem Unternehmer und den Arbeitern. Der Unternehmer behält die eingesetzten Kräfte und die Arbeiter haben Aussicht, nach einiger Zeit wieder Beschäftigung und Verdienst zu haben. Sie bleiben in dem Betriebe, in dem sie eingewöhnt sind und in dem sie manchmal, nach

längerer Tätigkeit, Anspruch auf Urlaub, höheren Lohn, höhere Leistungen der Betriebskrankenkasse usw. haben. Das wechselseitige Aussetzen ist unter Umständen für den Einzelnen auch weniger fühlbar, als Arbeitslosigkeit von längerer Dauer.

Das eben Gesagte trifft aber nur dann zu, wenn es sich um ein Aussetzen der Arbeiter von nur wenigen Tagen, schlimmstenfalls von nur wenigen Wochen handelt. Ein längeres Aussetzen kann für die davon Betroffenen größere Schädigungen im Gefolge haben als Entlassung. Das ist dann der Fall, wenn bei Arbeitslosigkeit Unterstützung gezahlt wird, die aussetzenden Arbeitsträften in der Regel nicht gewährt wird, und wenn der Werkbeurlaubte nach einiger Zeit des Aussetzens die Arbeit verliert, sei es dadurch, daß er entlassen wird, sei es dadurch, daß er selber geht.

In der gegenwärtigen Zeit sind solche Fälle häufig. Zunächst glaubt der Unternehmer wohl selber, daß er diejenigen, die „werkbeurlaubt“ werden, nach einiger Zeit wieder einstellen kann, und auch die Werkbeurlaubten haben diese Hoffnung, und sie klammern sich an sie. Sie bemühen sich deshalb während des Aussetzens nicht um andere Arbeit. Hierzu veranlaßt sie freilich oft genug einmal die trostlose Lage des Arbeitsmarktes, es veranlaßt sie dazu aber oft genug auch die Bindung an die bisherige Arbeitsstelle. Man will dem Unternehmer nicht gern wissen lassen, daß man sich nach anderer Arbeit umsieht. Dadurch verzichtet der Werkbeurlaubte aber auf Erwerbslosenunterstützung. Die Voraussetzung für den Anspruch auf Unterstüzung ist bekanntlich, daß sich Werkbeurlaubte, wie jeder andere Arbeitslose, in den vorgeschriebenen Fristen auf dem Arbeitsnachweis melden und sich in jeder Beziehung den für den Bezug von Erwerbslosenunterstützung vorgeschriebenen Bedingungen fügen, die Werkbeurlaubte nicht erfüllen können, die das Arbeitsverhältnis zum bisherigen Arbeitgeber nicht lösen und insbesondere ihre Papiere von diesem nicht abholen wollen.

Dauer: die Werkbeurlaubung nur kurze Zeit, so erwächst dem betreffenden Arbeitnehmer daraus ja auch geringere Schäden, als wenn sie viele Wochen, ja Monate hindurch sich als völlig Arbeitslose mit der geringen Erwerbslosenunterstützung behelfen müßten. Deshalb ist es durchaus zu verstehen, daß die Arbeitnehmer im allgemeinen gern auf den Vorschlag eingehen, eine kurze Zeit auszusetzen, trotz der Aussicht, in dieser Zeit keine Einnahmen zu haben. Nicht selten sind in den letzten Monaten übrigens Arbeiter und Arbeiterinnen für Werkbeurlaubung eingetreten, um Entlassungen zu vermeiden, nicht zuletzt auch aus dem Grunde, um sich nach Möglichkeit die Vergünstigungen zu erhalten, die ihnen nach längerer Tätigkeit im Betriebe erwachsen.

Aus der Werkbeurlaubung aber kann den Arbeitern schwere Schaden entstehen, wenn aus der Werkbeurlaubung nach einiger Zeit gänzliche Arbeitslosigkeit wird. Dieser Fall kann eintreten dadurch, daß dem Werkbeurlaubten die Zeit zu lang wird und die Aussicht, wieder im Betriebe beschäftigt zu werden, zu gering scheint, und daß er deshalb das Arbeitsverhältnis löst, und ferner dadurch, daß der Arbeitgeber nach einiger Zeit der Werkbeurlaubung den Arbeiter entläßt. Letzt der Arbeiter das Arbeitsverhältnis, dann muß er von diesem Zeitpunkt an noch vier Wochen warten, ehe er Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung hat. Gewissenlosere Unternehmer sind dadurch günstige Gelegenheiten gegeben, Arbeiter ihren Wünschen gefügig zu machen. Je länger die Zeit der Werkbeurlaubung dauert, desto größer wird begreiflicherweise in der Regel das Verlangen nach Arbeit und Verdienst, selbst wenn die Arbeitsbedingungen keine günstigen sind. Es ist menschlich begreiflich, daß in solchen Fällen sogar Angebote von Arbeitern zu schlechteren als den üblichen Bedingungen erfolgen.

Werkbeurlaubte Arbeiter werden deshalb lange zögern und es sich sehr überlegen, ehe sie dazu übergehen, das Arbeitsverhältnis von sich aus zu lösen, nachdem sie einige Zeit ausgesetzt haben. Werden sie nach einiger Zeit der Werkbeurlaubung entlassen oder wird die endgültige Lösung des Arbeitsverhältnisses in Aussicht gestellt, wenn sie sich nicht den Wünschen des Arbeitgebers fügen, so werden den betreffenden Arbeitern in der Regel ja Mittel zur Wahrung von Ansprüchen aus Tarifverträgen, Verabredungen, Gegeben usw. zustehen. Die Erfahrungen zeigen doch aber, daß in Zeiten starken Überangebot von Arbeitsträften von diesen recht oft auf die Geltendmachung solcher Ansprüche verzichtet wird, um nicht unbeliebt zu werden. Sie fügen sich oft genug lieber den Bedingungen, um wenigstens etwas zu haben.

Für die Unternehmer sind Werkbeurlaubungen ein sehr bequemes Mittel, um sich eingearbeitete Kräfte zu halten, ohne daß sie etwas kostet. Sie kommen dadurch auch um die Verpflichtungen und um die Kontrollen herum, die ihnen aus der Stilllegungsverordnung entstehen, wenn sie ihren Betrieb durch Entlassung von Arbeitsträften einschränken wollen. Die Werkbeurlaubung wird, wenn sie sich einbürgert, auch ein bequemes Mittel werden, um sich unliebsamer Kräfte „auf gute Weise“ zu entledigen, dadurch nämlich, daß man sie wochenlang ohne Beschäftigung und ohne Verdienst läßt in der begründeten Hoffnung: sie gehen dann von selber. Daran ändert nichts der Bescheid des Arbeitsministeriums, daß Werkbeurlaubungen nicht einseitig ausgeprochen, sondern nur durch Tarifvertrag, Betriebsvereinbarung (Arbeitsordnung) oder Einzelvertrag vereinbart werden können. Daran ändern auch nicht die heftigsten Hinweise von Clemens Körpel in Nr. 34 der „Gewerkschaftszeitung“ auf die nach solchen Vereinbarungen den Arbeitnehmern zustehenden Rechte aus Tarifverträgen, Stilllegungsverordnung usw. Man muß sich doch immer vor Augen halten, daß in zahlreichen Fällen Arbeiter und Arbeiterinnen entweder aus Unkenntnis über die eventuell eintretenden Schäden und über die ihnen zustehenden Rechte, oder im Vertrauen auf die guten Absichten des Unternehmers, oder müde gemacht durch große Not, ohne offenen Widerspruch auf Werkbeurlaubung eingehen.

Deshalb kann die Arbeiterchaft nicht dringend genug aufmerksam gemacht werden auf die Gefahren, die ihr aus der geschilderten, immer mehr in Übung kommenden Art der vorübergehenden und auch dauernden Entlassung von Arbeitsträften aus Betrieben entstehen können und bereits entstanden sind. Es kann ferner der Arbeiterchaft nicht oft und nicht eindringlich genug immer wieder der gute und begründete Rat gegeben werden, durch Zusammenanschluß und Ausfüllung Gelegenheiten zu schaffen, wirtschaftlichen Schäden von sich abzumenden und Rechte wahrzunehmen und geltend machen zu können, die ihnen zustehen. Oft genug wird kollektives Zusammenhalten der Arbeiter und Arbeiterinnen in den Betrieben und in der Organisation allein schon genügen, um diese davon zurückzuhalten, aus der Notlage der Arbeiterchaft Vorteile zu ziehen.

Getrud Hanna.

Die algerischen Arbeiter in Frankreich

Aus Paris schreibt man uns: Wenn die Fremden, die sich im Pariser Robinnmuseum an den einem göttlichen Ingenium entsprungenen Schöpfungen begeistern, doch abends, statt ins Casino de Paris zu gehen, sich einmal den Film ansehen wollten, den das Leben, als Meisterregisseur, in den Pariser Vorstädten dreht. Ein Gürtel von Vororten umschlingt das von einer alten riesigen Festungsmauer (die bald fallen soll) umzogene Paris, dessen Verteilung, schwierig genug, sich durch die altmodischen Stadttore mit ihrer Menge von ebenso veralteten Zollvorrichtungen hindurchwinden muß. Dieser Ring von Vororten beherbergt eine Unzahl von Fabriken mit der dazugehörigen Arbeiterbevölkerung und den Großteilen der Angestellten, die tagsüber in Paris beschäftigt sind. Er wird von einzelnen großen Gärten, besonders im Westen vom wundervollen Bois de Boulogne unterbrochen, dessen engere Umgebung Willen von fürstlichem Luxus und Reichtum enthält.

Die Arbeiterbezirke sind ja wohl nirgends besonders reizvoll, doch fand ich noch nie ein so vollständiges Fehlen primitiver hygienischer Maßnahmen, einen solchen Verzicht auf die Annehmlichkeiten, die das Wohnen angenehm gestalten sollten. Die gesundheitlichen Verhältnisse sind ja schon in Paris selber vernachlässigt, was mit der raschen Entwicklung der Stadt zusammenhängt, die im Jahre 1700 ungefähr 300 000 Einwohner hatte und heute 3 Millionen zählt, ungeachtet der Menge von Fremden, deren Zahl eine Million sicher übersteigt. Die Arbeiterbezirke aber sind in dieser Hinsicht besonders schlecht eingerichtet, haben lange nicht in allen Straßen oder Häusern Wasser und Licht, und die Aborte, an seltsame Latrinenzeiten erinnernd, nur stehend zu benutzen, sind von ekelregender Beschaffenheit. Die Häuser, mit schmaler Vorderfront und langgestreckten, düsteren Hintergebäuden, mit Luftziegel gebaut, sind hoch, winkelig, die Stiegen alle aus Holz, und beherbergen nebst den unvermeidlichen Ratten und Katzen eine ungeheure Zahl von fremden Arbeitern, zu welchen die italienischen Anarchisten und die ungarischen Kommunisten ein beträchtliches Kontingent stellen; man findet dann zahlreiche Polen, Schweizer, Russen, Griechen, Portugiesen, Neger, kurz alle Nationen bis auf Deutsche und Österreicher.

Die zahlreichsten und fremdartigsten Bewohner aber sind die mohammedanischen Eingeborenen der nordafrikanischen Kolonie Algerien. Während des Krieges zwangsweise zur militärischen Dienstleistung herübergebracht, kommen sie seither, angelockt durch die Aussicht, Geld zu verdienen, so zahlreich, daß sie als Hilfsarbeiter in den Fabriken, als Erbarbeiter im Wiederaufbaugelände tätig, im Falle einer Industriekrise den Wirtschaftspolitikern vor schwer zu lösenden Aufgaben stellen werden. Ihre Zahl ist statistisch nicht zu erfassen, doch schätzt man sie schon auf 300 000, und M. Jules Decamps bemerkt schon, zwei Fliegen zugleich tödend, daß die Französischen Hilfsarbeiter (die kolonisierten Algerier sind natürlich „Franzosen“) regelmäßig statt 8 9 Stunden arbeitend, 500 Millionen Franken im Lande zurückhalten könnten, die heute von den 238 000 fremden Arbeitern (es sind bedeutend mehr) je Jahr ausgeführt werden. Man könnte eben nebst dem Achtstundentag auch den fremden Arbeiter entbehren.

Die Algerier, zumeist als Handlanger arbeitend, verdienen im Mittel 1,30 bis 1,40 Franken die Stunde. Bei der Polizeipräfektur wird ein Stundenverdienst von 3 Franken als Mindestlohn angenommen, der Anspruch zur Erlangung der „Identitätskarte“ für Ausländer gibt. Um nun zu den ersten Ersparrnissen zu kommen, müssen diese „Franzosen“ ihr Leben in unglaublich ärmlicher Weise fristen. Sie geben fürs Essen 2 bis 3 Franken täglich aus und begnügen sich zumeist mit Brot, Kartoffeln oder ihrer Nationalspeise couscous (rein Weizen Grieß), den sie mit Wasser oder Fleischsaft selber zubereiten. Mittags liegen sie gruppenweis an den Straßen, eine Flasche Rotwein, den Maß verboten hat, zu zehnt oder fünfzehnt leidend. Für Unterkunft zahlen sie 20 bis 30 Franken den Monat. In den besseren Gasthäusern nimmt man sie, die sparsamen Hecher, nur selten auf, und in den Privathäusern, wo sie Unterkommen finden, schlägt es nicht, wenn 7 oder 8 („wie die Schafe“, sagte mir einer) in einem Zimmer wohnen, dessen einziges Möbel ein oder zwei Betten bilden. Für Seife und Kleider geben sie ohnedies nicht viel Geld aus, so daß ihnen dieses furchtbar ärmliche Leben ermöglicht, nach einigen Jahren mit 2 bis 3000 Franken Ersparnissen in ihre weitaus gebildere Heimat zurückzukehren, wo sie ihre Getreidemüllchen, Oliven- oder Feigengärten anzubauen oder Schafzucht treiben.

Die Aufgeklärten unter ihnen erkennen natürlich das ihnen zugesagte Unrecht und verlangen, geführt von Emir Khaled, dem Enkel Abd el Kaders, Gleichberechtigung der Algerier mit den Franzosen und Selbstständigkeit ihres Landes. Emir Khaled, einstiger französischer Offizier, dann aus Algerien ausgewiesen, veranstaltet zahlreich besuchte Versammlungen. In letzter Zeit tauchten hier Plakate auf, die, den Mann beim

wundesten Punkt nehmend, unter der Losung: „Gleichheit des Verdienstes für die Eingeborenen“, die Algerier unter kommunistische Fahnen bringen wollen.

Es wäre doch wichtig, daß die Sozialisten zu der algerischen Frage Stellung nehmen und sich ihrer politischen und wirtschaftlichen Bedeutung bewußt würden. Das scheint indes nicht der Fall zu sein. Ansonsten müßte ein anderer Zug durch die Bewegung gehen. Die Algerier kämpfen tatsächlich allein. Halten die französischen Arbeiter, die sozialistischen Gewerkschaften die Unterstützung des Kampfes der Algerier für keine Unterstützung ihrer eigenen Kämpfe, die sie mit den Unternehmern führen?

Die italienische Unternehmerrchaft verläßt Mussolini

Die italienische Unternehmerrchaft war die liebste Jergende und freigebig geldspendende Mutter des Faschismus. Sie kaufte ihm Zeitungen und journalistische Soldner, sie finanzierte den „March auf Rom“ und stellte den Banditen die nötigen Kraftwagen, sie füllte die faschistische Wahlkassette und besorgte Miß- und Futterplätze für die Schwarzhemden. Natürlich hat das Unternehmertum dies alles nicht um der faschistischen Augen willen getan. Es hoffte, seine Ausgaben mit Zins und Zinseszins dadurch zurückzuerhalten, daß der amtliche Hauptling die Steuern vermindere, die Arbeiter zu scharfer Fron antreibe und ihnen die Lust nach Lohnschöpfung und Streik ausblende. Das zu erfüllen, hat der Faschismus sich tatsächlich eifrig angelegen sein lassen. Allein, nur der Hundstot gibt mehr als er hat. Das gewollte Ergebnis ist ausgeblieben. Mit Säbel, Handgranate und Kugelnflut hat man wohl bei den Arbeitern die Neigung, einen auskömmlichen Lohn zu fordern, gedämpft, ihnen aber auch die Schaffenslust und die Hingabe an den Beruf ausgezogen. So blies einerseits der erhoffte Gewinn aus, andererseits mußten die frohen und gefräßigen Banden geduldet und gestützt werden. Allgemach wurden sie selbst ihren kapitalistischen Auswüchsen unerträglich. Bis zum öffentlichen Bekenntnis der großen Enttäuschung brauchten die Unternehmer aber doch zwei Jahre.

Nüchtern erlitt, am 17. September, meldete die Stampa, daß die Allgemeine Vereinigung der Industrie, das ist die hauptsächlichste Organisation der italienischen Unternehmer, Mussolini eine Denkschrift überreicht habe, worin nichts weniger gefordert wird als 1. die Wiederherführung der verfassungsmäßigen Ordnung; 2. vollständige Handlungsfreiheit der Arbeitergewerkschaften auf wirtschaftlichem Gebiet; 3. Presse- und Versammlungsfreiheit; 4. die Beseitigung der Prätorianergarde.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß Mussolini sich wenig geneigt zeigen dürfte, die Forderungen der Industriellen zu erfüllen. Allein, die Spreizerei wird ihm nicht viel nützen. Über kurz oder lang wird er sich dem Gebote seiner Rührer beugen müssen, ansonsten ließe ihm den Geldzufluß sperren, wodurch er eines erheblichen Teiles seiner Gefolgschaft und seines amtlichen Haltes verlustig geht. Ohne eine reichliche Menge Kassen ist weder ein Wahlfeldzug zu führen, noch eine Zeitung zu drucken, noch sind die federwerkenden und jäbelnden Landstroläher bei der faschistischen Stange zu halten. Ohne klingende Belohnung geht im Lande des Sacro Egoismo den patriotischen Jünglingen der Opferwille fürs teure Vaterland aus. Es wird sich da das gleiche zeigen wie in Argentinien. Als hier die industriellen Silberlinge prächtiger wurden und auch die Dollars und Frankenscheine ausblieben, konnte man gleich ein Schwächerwerden der völkischen Dubschläge wahrnehmen.

Bei der Betrachtung des namlosen Unheils, das der Faschismus in Italien und Deutschland angerichtet hat, darf man nie vergessen, daß zum ersten und letzten das geldgebende Unternehmertum dafür verantwortlich zu machen ist.

Grenzstreitigkeiten und Industriebund

Der Ausschuß des belgischen Gewerkschaftsbundes befaßte sich kürzlich recht eingehend mit den Grenzstreitigkeiten, die in der Gewerkschaftsbewegung Belgiens eine ziemlich Rolle spielen. Daß die Ausprägung in einer grundsätzlichen Erweiterung der alten Streikregel: Industriebund oder Berufsvereinigung? ausmündete, bezeugt, daß sie auch in Belgien die Geister lebhaft beschäftigt. Der Bauarbeiter Ghyon sprach zugunsten der Industriebundorganisation. Er glaubt, daß die 29 den belgischen Gewerkschaftsbund bildenden Verbände auf 10 vermindert werden könnten. Hierdurch würden die Grenzstreitigkeiten nicht nur beträchtlich vermindert, sondern auch die Kampfkraft der Bewegung wesentlich erhöht. Zur Erhärtung seiner Ansicht nimmt Ghyon die öffentlichen Dienste als Beispiel. Es könnten und müßten die Eisenbahner, Gasarbeiter, Straßenbahnfahrer, Lehrkräfte und das Personal der öffentlichen Verwaltung in eine Industriebundorganisation zusammengefaßt werden.

Die Aussprache zeigte, daß in dieser Sache die Meinungen noch sehr auseinandergehen. Der Vertreter der Transportarbeiter, Mahlmann, wandte sich gegen Ghyon. Wenn unbedingt industriell zusammengefaßt werden müßte, dann sei die Schaffung von Organisationen für große Gruppen, wie der reinen Handarbeiter, der Maschinenarbeiter usw., vorzuziehen. Der Metallarbeiter Solau sprach zugunsten einer nationalen Streikkasse, die eine ergiebige Unterstützung bei wirtschaftlichen Kämpfen ermöglichen würde.

In einer Entschließung wird zunächst festgestellt, daß viel zur Verminderung von Grenzstreitigkeiten beigetragen werde, wenn man in allen Organisationen danach strebe, den Arbeitern die gleichen Vorteile zu sichern. Gehehe dies, dann werde sich in allen Fällen, wo der Übertritt von einem Verbande zum andern notwendig werde, alles leicht machen lassen. Was die Festlegung der Grenzen betreffe, so dürfe nicht nur der Firmentitel des Unternehmers maß-

gebend sein, sondern man müsse auf die Art des Betriebes, die Höhe der Besalge der in einer oder ähnlichen Industrien beschäftigten Arbeiter usw. achten. Mit besonderem Nachdruck fordert die Entschließung die Vertreter auf, der Organisation nach Industrien durch Zusammenfassung von Organisationen, die das gleiche oder ein ähnliches Tätigkeitsgebiet umfassen, größte Aufmerksamkeit zu schenken.

Für Industriebünde in Queensland

Der Brisbane Trades and Labor Council (gewerkschaftlicher Ortsausschuß) hat einen Entwurf ausgearbeitet, der auf die Errichtung von Industriebünden abzielt. Es sind 12 Industriegruppenausschüsse vorgegeben, und zwar für Transport, Bauhand, Elektrizität und Licht, Nahrungsmittel, öffentliche Arbeiten und öffentliche Dienste, Gesundheitswesen, Vergnügungsgewerbe, Leder und verwandte Berufe, Textilgewerbe, Metallindustrie und Buchdruckgewerbe. Jeder Ausschuß soll sich aus Vertretern aller Organisationen der betreffenden Gruppe zusammensetzen, auf je 100 Mitglieder ein Vertreter. Jede Gruppe beschäftigt sich mit den Angelegenheiten ihrer eigenen Industrie, ausgenommen in Streitfällen, die zu einer Arbeitslosigkeit führen können. In diesem Fall hat der Oberste Industrierausschuß einzugreifen. Der Entwurf soll zunächst in Queensland durchgeführt werden und wenn er sich hier als zweckmäßig erweist, auch in den übrigen Staaten.

Skandinavischer Metallarbeiterverbandstag

Der Norwegische Goldarbeiter-Verband und hielt am 27. und 28. Juni in Kristiania seinen Verbandstag ab. Aus seinen Beschlüssen ist hervorzuheben, daß er die Übertrittsbedingungen erleichtern für solche Kollegen, die im Verzuge beschäftigt werden, aber anderen Verbänden angehören. (Demnach scheint dieser Verband nicht daran zu denken, sich entsprechend dem auf dem vorjährigen Gewerkschaftskongress gefaßten Beschluß dem Industriebünde der Metallarbeiter anzuschließen.) Aus dem uns vorliegenden Bericht über den Verbandstag ist ferner zu ersehen, daß vor einiger Zeit Bestrebungen im Gange waren, eine „Goldarbeiterinternationale“ zu schaffen. Der Verbandstag beschloß, die Bestrebungen nach einer Internationalen vorläufig durch Anknüpfung an den Internationalen Metallarbeiterbund zu verwirklichen.

Der Schweizer Gewerkschaftskongress, der vom 13. bis 15. September in Lausanne tagte, zeigte, daß auch in der Schweiz eine Verwirklichung der Arbeiterchaft eingetreten ist. Die Zeit, wo die Kommunisten einen Einfluß ausüben konnten, ist vorbei. Dieses trat schon gleich beim Berichte des Vorstandes in Erscheinung. Es wurde hervorgehoben, daß die Gewerkschaften bei Fragen, die über das gewerkschaftliche Gebiet hinausgehen, in erfolgreicher und freundschaftlicher Art mit der sozialdemokratischen Partei zusammengearbeitet haben. Die Kommunisten beantragen nun, daß auch mit der kommunistischen Partei zusammengearbeitet werde. Dies wurde aber mit 136 gegen 35 Stimmen abgelehnt. Andere Anträge, die sich gegen die Ausschließung von Kommunisten wandten, wurden mit ungefähr demselben Stimmenverhältnis abgelehnt. Über einen übrigens sehr vorläufigen Antrag zur Herbeiführung der Einheitstaktik wurde mit 118 gegen 22 Stimmen zur Tagesordnung übergegangen.

Die verschiedenen Punkte der Tagesordnung waren durch das Bundeskomitee und durch den Ausschuß, in dem jede angeschlossene Organisation vertreten ist, sorgfältig vorbereitet worden, so daß sie in kurzer Zeit erledigt werden konnten. So wurde das neue Mindestprogramm, das in eingehender Weise zu allen gewerkschaftlichen Fragen Stellung nimmt, fast ohne Aussprache angenommen. In einer ausführlichen Entschließung wurde der feste Wille zum Ausdruck gebracht, an der 48-Stundenwoche, die die Schweizer Arbeiter in der Vollstimmigkeit vom 17. Februar d. J. in so glänzender Weise verteidigt haben, unter allen Umständen festzuhalten. Auf sozialpolitischen Gebieten wurde ein Gewerbegesetz, ein Gesetz über die Nachtarbeit in den Bädereien verlangt. Der Kongress sprach sich auch für eine gewerkschaftliche Zusammenfassung in der Form von Industriebünden aus.

Die Lohnentwicklung in England. Die Lohnentwicklung für die Tariflöhne der letzten Lohnklasse für den Monat April 1924 zeigt für die verschiedenen Berufsgruppen die folgenden Mindestlöhne (in Pfennigen): Bergarbeiter 17,78, Metallarbeiter 26,32, Holzarbeiter 33,78, Arbeiter der gemischten Industrie 31,36, Arbeiter der Nahrungsmittelindustrie 46,70, Arbeiter der Buchindustrie 22,67, der Lederarbeiter 37,79, der Textilarbeiter 36,10, der Papierarbeiter 32,01, der Schneider 40,37 und der Buchdrucker 45,50. Diese Zahlen zeigen eine außerordentlich große Ungleichmäßigkeit der Löhne. So sind die Bergarbeiterlöhne beinahe dreimal geringer als die Löhne in der Nahrungsmittelindustrie und die der Buchdrucker. Auch die verhältnismäßige Geringsfügigkeit der Löhne der Metallarbeiter ist auffallend.

Aber die Zulassung von Farbigen in Australien lesen wir in der Septemberausgabe der Labour Woman (Arbeiterfrau): „Australien hat als das Ergebnis langjähriger Kämpfe für alle organisierten Arbeiter einen wöchentlichen Grundlohn, der zwar von Staat zu Staat etwas schwankt, aber in keinem unter 4 Pfund (80 Sch.) beträgt. Die Nahrungsmittel sind im großen ganzen billig und gut, der Stand der Lebenshaltung verhältnismäßig hoch, die große Mehrheit der Arbeiter besitzt ein eigenes Haus... Wenn nun, so sagen die Australier, gestattete wird, daß der farbige Mann mit seiner niedrigeren Lebenshaltung unsern Arbeitsmarkt überschwemmt, dann werden wir wieder alles verlieren, was wir in der Vergangenheit errungen haben...“

Druckluft dient auch zum Anlassen. Im Innern des Luftschiffes ist ein Laufgang, in dem unter anderem auch 70 Benzinhälter für normale Fahrten untergebracht sind. Für die Ozeanfahrt soll diese Zahl der Benzinhälter noch um weitere 44 erhöht werden. Jeder einzelne hat einen Inhalt von 420 Liter. Pumpen, die von Windmotoren durch den bei der Fahrt entstehenden Wind angetrieben werden, führen das Benzin in die Betriebsstanz, von denen es dann den Motoren zugeleitet wird. In 5 ebenjo großen Tanks wird das notwendige Schmieröl mitgeführt. Im Laufgang sind ferner Lagerräume für die Unterbringung von Ersatzteilen, des notwendigen Ballastes und auch der Mannschaftsraum zu finden. In der Führerkabine, die sich im Bordteil des Schiffes befindet und die mit dem Laufgang mit einer Leiter in Verbindung steht, sind alle Navigationsgeräte des Luftschiffes untergebracht. Da ist ein Aeroidbarometer zur Bestimmung der Höhenlage, ferner ein Gerät, das jede Höhenveränderung von Sekunde zu Sekunde anzeigt. Ein anderes Gerät läßt erkennen, ob sich das Schiff im Gleichgewicht befindet. Bei Gasverlust tritt der „Brallanzeiger“ in Tätigkeit. Eine automatische lausprechende Telephonanlage ist für die Besatzungsmitglieder nach den Mannschaftsständen und einigen anderen Stellen des Luftschiffes vorgegeben. Die Maschinenoperatoren sind mit dem Führerstand durch mechanische Maschinen Telegraphen verbunden. Die funktentelegraphische Ausrüstung besteht aus einem Telefontastensender von 500 bis 3000 Meter eingeleitet ist. Zum Empfang funktentelegraphischer Nachrichten ist ein Empfänger für Wellenlängen von 200 bis 2000 Meter vorgegeben. Als Antenne dient eine sogenannte dreifachstrahlige Fächerantenne. Der Strom für die Funktanlage wird durch Gleichstrom und Einphasenwechselstromgenerator mittels Windmotor erzeugt. Das Luftschiff wird elektrisch beleuchtet und besitzt außerdem auch eine elektrische Küche. Für längere Fahrten können 30 Fahrgäste aufgenommen werden. Bei langen Fahrten sind bequeme Lagerstätten für etwa 20 Fahrgäste vorgegeben. Die normale Befahrung wird aus 28 Nächten bestehen.

Dieses Luftschiff vereint in sich eine Unsumme geistiger und körperlicher Arbeit. Es ist als Verkehrsflugzeug gebaut und dürfte eine Markstein in der Entwicklung des gesamten Luftschiffbaues darstellen.

für die Kriegsführung, sondern auch für den allgemeinen Verkehr (kürzeste Verbindung durch Gebirge oder Meere getrennter Orte), für Erforschung der Erde (Nordpol, Innerafrika) in der Zukunft gemiß.

In den Jahren 1898/99 wurde nach diesen Grundgedanken das erste Zeppelinluftschiff „L. Z. 1“ gebaut. Es hatte einen Gasinhalt von 10 300 Kubikmeter. In seiner äußeren Form ähnelte es einem langgestreckten Zylinder mit abgestumpften Enden. Diese Form ist zwar für die Überwindung des Luftwiderstandes nicht sehr günstig, sie ist aber praktisch sehr leicht herzustellen. Das Luftschiffgerippe war durch 16 große Aluminiumringe mit 24eckigen Querschnitt gebildet, die durch Längsträger miteinander verbunden wurden. 17 einzelne Gaszellen wurden nebeneinander in diesem Gerippe untergebracht und das Ganze mit einer Außenhaut zur Vermeidung des Luftwiderstandes umgeben. Am Gerippe waren 4 Luftschrauben angebracht, die durch 2 Benzinmotoren von je 15 Pferdekräften unter Vermittlung von Kegeleträdern angetrieben wurden. Die Luftschiffhülle selbst war auf dem Boden mit ihrer Spitze verankert, so daß sie sich von selbst in die Windrichtung einstellte. Am 2. Juni 1900 flog das Luftschiff zur ersten Fahrt auf. Es machte insgesamt drei Fahrten, bei denen es wegen seiner schwachen Motoren nur eine Geschwindigkeit von 8 Meter in der Sekunde erreichte, aber seine Brauchbarkeit doch erkennen ließ. Aus Mangel an Mitteln konnte die Versuche nicht weiter fortgesetzt werden und das Luftschiff selbst wurde abgerüstet und als Altmaterial verkauft. Ein im Jahre 1905 vollendetes zweites Luftschiff wurde bereits bei seinen Versuchsfahrten im Sturm vernichtet. Und erst als ein drittes Luftschiff eine Fahrt von achtstündiger Dauer erfolgreich durchführte, brach sich die Überzeugung Bahn, daß dieser Typ der leistungsfähigste von allen sei. Graf Zeppelin erhielt vom Reichstag eine Entschädigung von 1,30 Millionen Mark bewilligt. Mit dem Luftschiff „L. Z. 4“ sollte die erste große Deutschlandfahrt ausgeführt werden. Sie endete nach anfänglich glänzendem Verlauf mit der Zerstörung des Luftschiffes bei Göttingen. Dieser Mißerfolg löste eine Anteilnahme in Deutschland aus, wie sie bisher noch niemals das Schicksal eines Zeppelins erregt hatte. Eine Nationalkommission von 6 Millionen Mark brachte weitere Mittel zur Fortsetzung der Versuche. Am 27. August 1909 begann die geschichtliche Fahrt des Luftschiffes „L. Z. 6“, die über

Frankfurt a. M. und Köln nach Berlin und von dort zurück nach Friedrichshafen führte. Die Begeisterung, die das Luftschiff damals in allen Orten auslöste, über die es fuhr, läßt sich schwer beschreiben. Es war, als ob die Menschen von einem Zauber erfaßt worden wären. Mit dieser Fahrt hatte das starre Lenkluftschiff seine Feuerprobe bestanden. In angestrengter Baultigkeit entstanden bis nach Weidenburg des Krieges mehr als 120 Luftschiffe, deren Hauptaufgabe leider nicht den Werken des Friedens, sondern der Zerstörung gewidmet war. Kein technisch gesehen, haben diese Lenkluftschiffe hervorragende Fahrten ausgeführt, von denen die längste von dem Fernverkehrs-Luftschiff „L. 59“, das die Werksnummer 104 trug, ausgeführt wurde. Es vollführte in fast 100stündiger Fahrt die 6500 Kilometer lange Strecke Jambal am Schwarzen Meer nach Chartum am Nil, kehrte dann zum Ausgangspunkt zurück und verfuhr hier noch über 27,84 Kilometer und seine größte Höhe von der Unterseite der Gondel aus gerechnet 31 Meter. Es kann etwa 48000 Kilogramm Nutzlast tragen. Seine Maschinen von 2000 Pferdekräften verließen ihm eine größte Geschwindigkeit von 127 Kilometer in der Stunde. Nach den Berechnungen der Ingenieure würde es bei Windstille mit einmaliger Ausrüstung 12 500 Kilometer in 110 Stunden zurücklegen können, das heißt es könnte bei Windstille die Erde am Äquator fast umfahren. Erst 200 Kilometer vom Ausgangspunkt müßte es mit neuem Brennstoff versehen werden.

Der Luftschiffkörper ist auf Grund eingehender Modellversuche verjüngt stromlinienförmig, also etwa in der Form eines Tropfens ausgebildet worden. Diese Form bietet der Luft den geringsten Widerstand. Die Maschinen sind in 5 einzelnen Gondeln untergebracht, wobei die Luftschrauben direkt auf den Motorwellen montiert sind. Jeder der Motoren leistet 400 Pferdekräfte bei 1400 Umdrehungen in der Minute. Sie können mit Hilfe von Druckluft umgesteuert

